

Alle Kinder haben Rechte

Kick off Veranstaltung im Rahmen der Bildungsgespräche im Stadtschulrat, 24. 11. 2016

In ihren einleitenden Worten weist Moderatorin **Mag. Michaela Ehgartner** darauf hin, dass jedes 4. Kind unter psychischer Gewalt leide und viele Kinder ihre Rechte gar nicht kennen. Wien als Menschenrechtstadt seit 2015 bekenne sich zu den Kinderrechten.

Stadtschulratspräsident **Mag. Jürgen Czernohorszky** gibt einen kurzen historischen Überblick über die Entwicklung der Kinderrechte. Der große Schulreformer Otto Glöckel sprach bereits 1919 zum ersten Mal die Schülermitbestimmungsrechte an. Durch die Vorkriegszeit und den 2. Weltkrieg wurden die demokratischen Bestrebungen unterbrochen, es dauerte aber lange bis 1989 die UN Kinderrechtskonvention beschlossen wurde. „*In der Schule treffen Gleiche auf Gleiche*“ meint der Präsident. Die Schule müsse einerseits die Rechte bekannt machen, sie müsse sie aber auch aushandeln und umsetzen. Und dann „*müssten Kinder die Welt selbst in die Hand nehmen*“.

Nach dem Start mit der heutigen Veranstaltung werde im Stadtschulrat einiges in die Wege geleitet, unter anderem ist die Erstellung eines Policy Papers bis Februar 2017 vorgesehen und die Beteiligung an EU Projekten.

Mag. Daniela Gruber-Pruner von den österreichischen Kinderfreunden gibt zunächst einen Überblick über die am 20. 11. 1989 als einziges UN Dokument einstimmig beschlossenen Kinderrechte, die für Kinder und Jugendliche von der Geburt bis zum Alter von 18 Jahren gelten. Sie gliedern sich in drei Arten:

Schutzrechte – Fürsorge und Versorgungsrechte – Teilhaberechte für alle

Kinder dürften nicht als Objekt sondern müssten als Subjekt und Rechtsträger gesehen werden. Die Schule habe einen Bildungsauftrag zu erfüllen, in dem auch die Beteiligung, das Recht auf Meinungsäußerung vorgesehen sein müsse. Zur Kinderrechtebildung sei viel Material vorhanden. Sie zitiert den Philosophen Oskar Negt „*Demokratie ist die einzige Staatsform die man lernen muss*“ und damit müsse bereits im Kindergarten begonnen werden. Auch die Pädagogen und Pädagoginnen müssten ihr Handeln immer im Hinblick auf die drei Arten der Rechte reflektieren.

Kinderrechte müssten in der Schule für alle Schulpartner und das Gemeinwesen sichtbar gemacht werden. Der 20. November als Tag der Kinderrechte eigne sich hervorragend das Thema in den Unterricht einzubauen. Als Möglichkeiten die Kinderrechte im Alltag zu verankern, werden die Installation eines „Meckerkastens“, der Klassenrat, das Schüler/innenparlament, die Etablierung einer Feed-back Kultur genannt. Das zahle sich aus um das Schulleben angenehmer zu gestalten. Es entstehe ein besseres Gemeinschaftsgefühl, es gebe weniger Aggression, das Selbstwertgefühl steige, das Demokratieverständnis nehme zu.

Mag. Ercan Nik Nafs, Kinder und Jugendanwalt der Stadt Wien, sieht die Situation problematisch. Kinder würden fast überall unter Druck gesetzt, das fange in der Familie an, setze sich in der Schule und dem öffentlichen Raum fort. Gewalt sei allgegenwärtig. In der Schule würden die Kinder unterschiedlich eingeteilt, je nach dem welche Bildungskarrieren wahrscheinlich seien. Bei der Ausbildung der Lehrer/innen fehle die Medien-, die Menschenrechts-, die Friedenspädagogik. Man müsse sich auch fragen, ob die Betreuung im Kindergarten immer kindgerecht sei.

„*Kinderrechte sind wie ein Barometer für eine Stadt*“, meint **Dr. Shams Asadi**, Leiterin des Menschenrechtsbüro in Wien. Auf dem Papier sei es klar, an der Umsetzung fehle es noch. Aber Wien nehme eine Vorreiterrolle ein, andere Staaten möchten vieles übernehmen.

Dipl.Päd. Richard Pregler, Kinderrechtebeauftragter des Stadtschulrates, sieht einige Leuchttürme bei der Umsetzung, wie das Schüler/innenparlament oder die Erstellung von Plakaten zum Thema. Man müsse aber vor allem auch die Eltern miteinbeziehen.

„Kinderrechte beginnen wo Kinder sind. Sie müssen erlebbar und erfahrbar gemacht werden“, sagt **Mag. Gudrun Rabussay-Schwald** von Amnesty International. Die Kinderrechte könnten eine Klammer über das ganze Schulleben bilden. Die Einbindung der Eltern stelle eine große Herausforderung dar.

Farzin Weysi, Landesschulsprecher der Berufsschulen, kritisiert, dass 16-Jährige zwar wählen dürfen, aber in diesem Alter keine Ahnung von politischer Bildung hätten und fordert ein Pflichtfach. Er sieht es nicht so, dass in der Schule Gleiche auf Gleiche treffen, die Schule sei zu hierarchisch aufgebaut. Weiters kritisiert er, dass die deutsche Sprache für das berufliche Fortkommen zwar sehr wichtig sei, in der Berufsschule aber nur im 1. Jahrgang unterrichtet wird. „Warum ändern wir nicht unser Schulwesen?“ fragt er und erhält viel Applaus.

Die Frage einer **Teilnehmerin**, ob Kinderrechte an sich einklagbar seien, verneint **Nik Nafs**. Die österreichischen Gesetze werden auch nicht auf eine Übereinstimmung mit den Kinderrechten geprüft. Bei Verfahren spiele es außerdem eine große Rolle, ob jemand die österreichische Staatsbürgerschaft habe oder nicht.

Aus dem **Publikum** werden folgende Themen angesprochen und Probleme aufgezeigt:

- Bei Schulveranstaltungen gibt es vom Staat 72 € Unterstützung für APS Kinder und 110 € für AHS.
- Manche Kinder meiner Schule haben nicht einmal das Geld für den Straßenbahnfahrchein.
- Sexuellen Missbrauch gibt es noch immer, er kommt überall vor, aber es wird alles vertuscht. Vor allem Flüchtlingskinder sind Freiwild.
- Kinder sind oft total überrascht welche Rechte sie eigentlich haben und können das gar nicht glauben, wenn man im Unterricht darüber spricht.
- Das von der Regierung geplante Autonomiepaket wird es den Lehrer/innen schwerer machen Demokratie zu vermitteln, da die Direktor/innen so viel Macht bekommen.
- Was kann man mit Lehrer/innen tun deren Demokratieverständnis nicht besonders groß ist
- Die gemeinsame Schule der 10 bis 15-Jährigen könnte eine Lösung für viele Probleme sein

Zwei **Teilnehmerinnen** bedanken sich bei Präsident Czernohorszky ausdrücklich für seine Initiative. Eine bietet an, ihre Unterlagen vom Coaching eines Schüler/innenparlaments zur Verfügung zu stellen.

Mag. Terezija Stoisits, Beauftragte des Bildungsministeriums für Flüchtlingskinder in der Schule, sieht in den Kinderrechten eine Haltungsfrage. Sie erkundigt sich nach der Finanzierung der vom Stadtschulrat geplanten Workshops. **Czernohorszky** antwortet, dass Sponsoren gesucht werden müssen. Es gibt eine Zusammenarbeit mit den Pädagogischen Hochschulen, den Volkshochschulen, der UNICEF. Eine **Teilnehmerin** berichtet von einem erfolgreichen Kontakt zur österreichischen Kinderhilfe. Der Leiter des Europabüros **Horst Tschaikner** ergänzt, dass die EU viel Geld bereit stelle, dieses müsse aber abgerufen werde. Er lädt alle dazu ein.

Dr. Christine Krawarik